

Direkte Demokratie und Parlamentarismus

Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen?

Theo Öhlinger, Klaus Poier (Hg.)

Wien–Köln–Graz 2015: Böhlau Verlag, 407 Seiten.

Alexandra Becker

Parlamentsdirektion, Österreich

E-Mail: alexandra.becker@parlament.gv.at

Der vorliegende Sammelband entstand im Vorfeld der parlamentarischen Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich. Er umfasst 23 Fachbeiträge von WissenschaftlerInnen des öffentlichen Rechts und der Politikwissenschaft sowie ehemaligen Politikern, die sich in die Demokratiedebatten eingebracht haben. Die Beiträge befassen sich mit Fragen der Reform und Zukunft der Demokratie in Österreich (I.), der Stärkung der repräsentativen Demokratie und des Parlamentarismus (II.) sowie der Weiterentwicklung der Instrumente der direkten Demokratie und ihren Grenzen (III.).

Im Rahmen des ersten Themenbereichs werden allgemeine demokratiepolitische Fragen diskutiert. *Heinisch/Hausner* betonen die zentrale Rolle einer – möglichst praxisnahen – politischen Bildung. *Campbell* führt aus, dass Österreichs Demokratiequalität im OECD-Vergleich sehr hoch liege, Verbesserungsbedarf bestehe aber in den Bereichen Pressefreiheit, Gender-Gleichheit, Korruptionsbekämpfung, Integration von MigrantInnen und Zugang zur Staatsbürgerschaft. *Fitzmaier/Perlot* beleuchten grundlegende Aspekte zu politischen Systemen sowie Vor- und Nachteile verschiedener Wahlsysteme und stellen Theorien der Wahlentscheidung vor. *Neisser* fände eine neue Kombination von Instrumenten der direkten Demokratie und repräsentativen Entscheidungsprozessen interessant, für *Hösele* haben der Ausbau der politischen Bildung und Medienbildung Priorität. *Balthasar* beleuchtet die Frage, ob es überhaupt möglich und erstrebenswert sei, zu „besten“ Entscheidungen zu gelangen.

Im zweiten Themenblock werden Fragen betreffend Stärkung der repräsentativen Demokratie und des Parlamentarismus diskutiert. Nach *Ehs* bestehe weniger

eine Politik- als eine Parteienverdrossenheit der BürgerInnen. Für einen Erfolg neuer Partizipationsinstrumente sei zugleich die Stärkung des Parlamentarismus erforderlich. *Helms* weist darauf hin, dass bereits die bestehenden Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung eher wenig genutzt werden und deren Ausbau nicht zwingend zu größerer Demokratiezufriedenheit führen werde. *Pabel* spricht sich für eine Reform der Diskussions- und Abstimmungskultur sowie eine Stärkung der Oppositionsrechte im Parlament aus. Auch *Khol* sieht die Lösung der Krisen parlamentarischer Demokratien nicht im Ausbau der direkten Demokratie. *Mantl* fordert eine Weiterentwicklung der Parteien in Richtung einer gezielten Suche nach Alternativen. *Holzinger* ist der Meinung, dass eine umfassende Demokratiereform beim Wahlrecht im Sinn einer Stärkung der Persönlichkeitswahl ansetzen müsse.

Im dritten Themenbereich mit dem Schwerpunkt „direkte Demokratie“ sieht *Gamper* die Möglichkeit, bestehende direktdemokratische Instrumente wiederzubeleben bzw. beteiligungsfreundlicher zu gestalten und Rechtsschutzmöglichkeiten vorzusehen. *Poier* spricht sich für eine Förderung jener Instrumente aus, die in einem frühen Diskussionsstadium stattfinden und einen Diskurs zwischen BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen fördern, etwa aufgewertete Volksbegehren, Volksbefragungen oder BürgerInnenräte. *Rosenberger/Stadlmair* analysieren 78 auf Bundes- und Länderebene durchgeführte direktdemokratische Verfahren und kommen zum Ergebnis, dass direkte Demokratie (auch) eine Regierungstechnik sei, (auch) den Einfluss von BürgerInnen stärke und dass zwischen Recht und Praxis eine Kluft bestehe. *Konrath* stellt die seit 2011 bestehenden Diskussionen zu Demokratiereformen systematisch

dar. Diese hätten sich von Anfang an auf die Einführung von Formen der Volksgesetzgebung konzentriert, politische Begründungen dafür hätten aber gefehlt. Öhlinger und *Jablonek* widmen sich den im „Demokratiepaket“ enthaltenen Reformvorschlägen, beide weisen auf die Grenzen der direkten Demokratie hin. Den Themenbeschränkungen der direkten Demokratie geht *Merli* in seinem Beitrag ausführlich nach, während *Eberhard* vom status quo direkter Demokratie ausgeht und einen Bogen zum „Demokratiepaket“ spannt. *Bezdek* führt aus, dass durch das „Demokratiepaket“ der Diskurs mit dem Parlament neben jenen im Parlament tritt. *Bußjäger/Sonntag* befassen sich mit dem in einzelnen Bundesländern rechtlich verankerten „Veto-Referendum“ und den dazu bestehenden Diskussionen über dessen Verfassungskonformität. *Pleschberger* vergleicht schließlich die Kommunalsysteme Österreichs, Neuseelands, Großbritanniens und Kaliforniens.

Der vorliegende Sammelband gibt im Wesentlichen den Stand der Debatte zum Thema Demokratiereformen wieder. Er bietet einen interessanten und vielschichtigen Überblick und Meinungs austausch über bestehende Diskussionen und Lösungsansätze. Den – auch sonst in diesem Bereich oft als ThemenexpertInnen angefragten – AutorInnen gelingt es, ihre Überlegungen in relativ kompakten, aber dennoch nicht oberflächlichen Beiträgen zu vermitteln. Ausführliche Literaturhinweise bieten weitere Möglichkeiten zur Vertiefung in die Materie. Die Beiträge können unabhängig voneinander gelesen werden und sind für JuristInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und politisch interessierte Personen gleichermaßen geeignet.